

s.C.41.103.2
s.C.41.103.2(13) - TE/gt

3003 Bern, den 6. Juni 1975

Notiz an den Departementschef

- Interimsausschuss IMF
 - Entwicklungskomitee IMF/BIRD
-

I. Das Nachfolgeorgan des Zwanzigerausschusses, das Interimskomitee, wird seine dritte Session am 10. und 11. Juni 1975 in Paris abhalten. Das Komitee, dem Vertreter aus 20 IMF-Mitgliedstaaten angehören, wird vom kanadischen Finanzminister Turner präsiert. Die Schweiz wird durch Präsident Leutwiler als Beobachter vertreten sein, soweit Fragen der Erdölfazilität besprochen werden. Zu den wichtigsten Traktanden der Session gehören:

1. Erdölfazilität

1.1. Der Hauptmechanismus

Diese finanzielle Fazilität wurde im Juni 1974 im Rahmen des IMF zur Erteilung finanzieller Hilfe an Mitglieder geschaffen, die durch die Oelpreiserhöhungen in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geraten. Einige OPEC-Länder, aber auch Kanada und die Niederlande, haben Mittel von etwas über 3 Mia Sonderziehungsrechten (SZR) zur Verfügung gestellt. 2,5 Mia SZR wurden bis Ende März 1975 an 38 Mitglieder ausgeliehen (in der Mehrzahl Entwicklungsländer, aber auch Italien).

Im Januar dieses Jahres empfahl das Interimskomitee eine Erweiterung und Verlängerung bis anfangs 1976. Bisher haben Industrie- und OPEC-Staaten (letztere rund 3/4 der Verpflichtungen) erneut etwa 2,5 Mia SZR zugesagt, bei einem Ziel von 5 Mia SZR. Weitere Zusagen dürften an der kommenden Session des Interimskomitees erfolgen.

./.

1.2. Sonderkonto für Zinsverbilligungen (Compte spécial de bonification des taux d'intérêts)

Um die von der Erdölkrise am stärksten betroffenen Entwicklungsländer auch wirklich in den Genuss dieser "Facility" gelangen zu lassen, wird jetzt die Einführung eines besondern Mechanismus zur Zinsverbilligung diskutiert, so dass die Begünstigten nur ca. 2 3/4 % anstelle von 7 3/4 % Zinsen zu tragen hätten.

Die Schweiz gedenkt sowohl an der Verlängerung der Erdölfazilität selbst mitzumachen (Antrag des EFZD vom 3.6.1975 lautend auf 470 Mio Fr.), wie auch an das Sonderkonto für die Zinsverbilligung beizutragen (Antrag des EVD vom 4.6.1975 betreffend "Fonds de péréquation des intérêts de la facilité pétrolière du Fonds monétaire" lautend auf maximal 25 Mio Fr.). Während für den Kredit für die "Oil Facility" eine Rechtsgrundlage besteht (BB vom 20.3.1975 über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmaßnahmen), muss für den Beitrag an das Zinsverbilligungskonto im gegebenen Moment eine Botschaft an die Räte gerichtet werden.

2. Quotenerhöhung und Quotenaufteilung

Die Anteile (Quoten) am IMF legen die Stimmkraft der einzelnen Mitglieder fest, sowie das Ausmass der Ziehungen auf den Fonds (Kreditaufnahmen). Die Berechnung der Quoten erfolgt nach objektiven wirtschaftlichen Gesichtspunkten (Sozialprodukt, Währungsreserven, etc.), wozu noch ein gewisser Spielraum für "politische" Anpassungen kommt.

2.1. Quotenerhöhung

Im Rahmen der sechsten allgemeinen Quotenrevision hat das Interimskomitee im Januar 1975 grundsätzlich eine Erhöhung um 32,5 % auf 39 Mia SZR vorgesehen. Dies würde eine Erhöhung pro Land von 7,5 - 45 % bedingen. Eine nächste Erhöhung soll in drei Jahren erfolgen.

2.2. Quotenaufteilung

Im Prinzip sollen nach Uebereinkunft des Interimskomitees vom Januar 1975 die OPEC-Länder ihre Anteile auf ca. 10 % verdoppeln, die Entwicklungsländer ihren relativen Anteil beibehalten, während die Quoten der entwickelten Länder entsprechend gekürzt würden.

Zur Diskussion steht innerhalb der Industrieländer eben diese geplante Herabsetzung. Während die USA sich mit einer bescheidenen Reduktion von 22,95 auf 22,4 % ihrer Quote einverstanden erklären können und damit ihre Sperrminorität von 20 % behalten würden, wünschen die EG-Länder geschlossen eine Herabsetzung der USA-Quote auf 19,59 % mit einem eigenen Anteil von insgesamt 28,65 % (bisher 29,64 %). Obwohl die EG bereit wäre, als Konzession die Sperrminorität auf 15 % zu senken, lehnen dies die USA ab.

Die EG-Länder wollen im übrigen keinesfalls auf einen bisherigen Sitz in den Leitungsorganen des Fonds verzichten, wären aber eventuell mit einem zusätzlichen Sitz für die OPEC-Länder einverstanden. Dies ist für uns wichtig, da wir für den Fall eines Beitritts zu den Bretton-Woods Institutionen seit jeher einen Sitz in diesen Organen gefordert haben und diese Sitzzahl bisher als unabänderlich galt.

3. Gold

3.1. Die Frage der künftigen Rolle des Goldes bildet weiterhin Gegenstand zahlreicher Besprechungen in verschiedenen Gremien.

Frankreich ist grundsätzlich mit einer Verminderung der Rolle des Währungsgoldes einverstanden, doch sollte das gelbe Metall ein gleichrangiges, gut verwendbares Reservemedium bleiben. Die Zentralbanken sollten frei sein, Gold zu Marktpreisen zu kaufen und verkaufen.

Die USA wünschen eine weitergehende Demonetisierung (Phasing out) des Goldes, das zu einem gewöhnlichen Rohstoff degradiert werden soll. So sollen insbesondere die Zentralbanken kein Gold mehr ankaufen dürfen.

Die EG-Länder (ausgenommen Frankreich) versuchen einen mittleren Kurs einzuschlagen und fordern, dass die Zentralbanken zumindest ihre Goldnettobestände nicht erhöhen. In diesem Sinn könne das Gold während der "Phasing out"-Periode noch als Reservemittel dienen.

- 3.2. Was die Rolle des IMF im besondern betrifft, zirkulieren Vorschläge, wonach in einer einmaligen Aktion die Zentralbanken ihr Gold an den Fonds gegen Sonderziehungsrechte zu Marktpreisen abgeben würden, wobei US- $\$$ 35 per Unze sofort und der Rest später zu bezahlen wäre. Das Gold würde sukzessive wieder an den Markt verkauft; die Gewinne, die durch diese (über ein "substitution account" abzuwickelnde) Operationen erzielt würden, könnten für Hilfe an Entwicklungsländer eingesetzt werden.

- 3.3. In bezug auf die Verwendung der jetzigen IMF-Goldreserven (ca. 6 Mia $\$$ zum offiziellen Preis) bestehen grundlegende Meinungsverschiedenheiten.

Die USA wünschen einen schrittweisen Verkauf des Goldes am freien Markt, wobei der über den offiziellen Preis hinaus erzielte Mehrerlös für einen "Trust Fund" für Entwicklungsländer (vgl. unter II, Punkt 2), oder für eine spätere Quotenerhöhung eingesetzt werden könnte.

Frankreich wünscht dagegen eine Rückgabe des Goldes an die Mitglieder zur freien Verwendung, wie überhaupt die einzelnen Staaten gegenüber dem Fonds in allen Fragen betreffend des Goldes volle Handlungsfreiheit erlangen sollten. Immerhin sollten sich auch nach

französischer Auffassung die Mitgliedstaaten verpflichten, einen Teil des Mehrwertes des zurückerhaltenen Goldes der Entwicklungshilfe zuzuführen.

Die EG schliesslich (ohne Frankreich) setzen sich für eine Zusammenarbeit zwischen dem Fonds und den Mitgliedsländern ein. Der Fonds sollte Gold verkaufen und kaufen können und jedenfalls extreme Preisausschläge verhindern. Allfällige Gewinne aus Goldtransaktionen könnten innerhalb des Fonds oder ausserhalb auf Grund von ad hoc Entscheiden verwendet werden.

4. Wechselkurssystem

Die Frage geht dahin, ob in Zukunft in der internationalen Währungsordnung fixe oder flexible Wechselkurse gelten sollen. Die allgemeine Meinung ist, dass "stabile, aber anpassungsfähige Kurse" angestrebt werden sollen.

Die USA treten dafür ein, dass jedes Land frei sei, das ihm gemässe System zu wählen, wobei es nur den Fonds zu benachrichtigen und die allgemein gültigen Regeln einzuhalten habe.

Frankreich dagegen plädiert dafür, dass fixe Kurse (par value system) die Regel bilden, und in zweiter Linie die Beobachtung einer "central rate". Erst in dritter Linie dürften flexible Kurse angewandt werden, und dies nur nach Zustimmung des IMF und auf temporärer Basis.

Die EG konnte sich bisher in dieser Frage auf keine gemeinsame Haltung einigen.

5. Statutenänderungen

Die bisher erwähnten Themen bedingen Statutenänderungen. Weitere Modifikationen sind für folgende Punkte vorgesehen:

- Umwandlung des Interimskomitees in einen permanenten Rat. Dieser neue Rat, der mit reellen Entscheidungs-

befugnisse ausgestattet würde, sollte einerseits das Währungssystem laufend überwachen (Probleme der Anpassung bei Zahlungsbilanzungleichgewichten, internationale Liquidität, etc.) und andererseits in der Lage sein, bei plötzlichen Störungen rasch zu reagieren;

- Neufassung des "compte général" (z.B. keine Gold-einzahlungen mehr bei Quotenerhöhungen);
- Verbesserung der SZR zur attraktiveren Gestaltung als Reserveinstrument;
- Direkte Beihilfe an "stocks régulateurs" für Rohstoffe.

Die vom Komitee vorzuschlagenden Statutenänderungen sind der Jahresversammlung des Fonds anfangs September in Washington zu unterbreiten.

II. Das IMF/Weltbank-Komitee für Entwicklung wird am 12. und 13. Juni 1975 in Paris unter dem Vorsitz des Wirtschafts- und Finanzministers der Elfenbeinküste, Henri Konan Bedie, zusammentreten; Herr Botschafter Jolles wird als Beobachter an der Sitzung teilnehmen.

1. Das Traktandum, das uns am meisten interessiert, betrifft die Schaffung eines "dritten Fensters" ("troisième guichet", "third window"), eines Finanzierungsinstrumentes unter der Aegide der Weltbank, das Darlehen zu Bedingungen zwischen den regulären Weltbankkrediten und den stark zinsbegünstigten Krediten der IDA vergeben soll, d.h. zu 4,5 % auf 25 Jahre, mit 7 Freijahren. Unter die begünstigten Länder würden Staaten mit pro Kopf Einkommen von 200 - 375 \$ fallen. Für diese Zinsverbilligungsaktion werden rund 225 Mio \$ benötigt. Bis Ende April dieses Jahres waren feste Zusagen von ca. 100 Mio \$ eingegangen; die USA werden sich wahrscheinlich nicht daran beteiligen.

Der unter Ziffer I, Punkt 1.2 erwähnte schweizerische Beitrag von 25 Mio Fr. wird nicht nur für die Zinsverbilligung der "Oil Facility", sondern auch für jene des "dritten Fensters" eingesetzt werden. Wir erinnern daran,

dass für diese Summe im Moment noch keine gesetzliche Grundlage besteht (vgl. Antrag des EVD).

2. Ein weiterer wichtiger Punkt der Tagesordnung betrifft die eventuelle Schaffung eines Sonderfonds (Fonds fiduciaire spécial, Special Trust Fund) des IMF und der Weltbank, der den durch die wirtschaftlichen Bedingungen am stärksten betroffenen Ländern zusätzliche Mittel zur Ueberbrückung von Zahlungsbilanzdefiziten bereitstellen soll. Die Idee dieses Fonds wurde schon vom Entwicklungskomitee des IMF/BIRD im Januar 1975 aufgegriffen; seither scheinen die Verhandlungen nicht recht vorangeschritten zu sein. Aussenminister Kissinger hat Ende Mai am OECD-Ministertreffen den Wunsch der USA bekräftigt, einen solchen Fonds in der Höhe von 2 Mia \$ zu schaffen, der von den Industrie- und OPEC-Staaten zu finanzieren wäre. Die Mittel der Industriestaaten sollten seiner Meinung nach insbesondere durch den Verkauf der Goldbestände des IMF bereitgestellt werden.

Es könnte einem weltwirtschaftlichen Bedürfnis entsprechen, wenn der Trust Fund 1976 seine Tätigkeit aufnehmen könnte, d.h. sobald die Frist für die Einbringung von Gesuchen im Rahmen der Erdölfazilität abgelaufen sein wird.

Eine schweizerische Teilnahme an diesem Fonds ist zur Zeit nicht vorgesehen.

3. Im übrigen figurieren folgende Traktanden auf der Tagesordnung:
 - Uebersicht über den Kapitalbedarf der Entwicklungsländer in der Periode 1975 bis 1980;
 - Zugang der Entwicklungsländer zu den internationalen Kapitalmärkten;
 - Organisation der Rohstoffmärkte;

- 8 -

- Organisation eines Informationssystems für den Mittelfluss an Entwicklungsländer;
- Finanzielle Aspekte der Welternährungslage.

Finanz- und Wirtschaftsdienst

J. Ziegler

(Zwahlen)

Kopien z.K. an:Herren Botschafter Thalmann / Heimo / Iselin / Müller /
de Ziegler